

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 02.10.2019 und auf die Vorlage der Verwaltung vom 30.10.2019. Er schlug vor, den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Planung und Verkehr und in den Finanzausschuss zu verweisen.

Abg. Tendler sagte, es gehe im Wesentlichen darum, dass man Dinge konkretisiere, auf die man als Kreis unmittelbaren Einfluss habe. Beim Thema ÖPNV und aufgrund der beschriebenen Begründung des Antrags seiner Fraktion sei das gegeben. Aus diesem Grund solle der Rhein-Sieg-Kreis Bemühungen unternehmen, um als Modellregion für dieses Projekt ausgewählt zu werden. Ggf. könne man neben dem Rhein-Sieg-Kreis und der Bundesstadt Bonn die Modellregion auf die Mitglieder des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg ausdehnen. Er sei der Ansicht, der Rhein-Sieg-Kreis habe reelle Chancen, als Modellregion ausgewählt zu werden. Seine Fraktion werde einem Verweis des Antrags in die entsprechenden Fachausschüsse zustimmen.

Der Landrat wies auf die Problematik der Finanzierung des finanziellen Mehrbedarfes über die ÖPNV Sonderumlage hin. Es bedürfe der gründlichen Prüfung, wie dieses Modellprojekt hinsichtlich einer dauerhaften Implementierung und einer nachhaltigen Finanzierung umgesetzt werden könne.

Abg. Steiner sagte, er sei der Ansicht, der Verkehrsverbund Rhein-Sieg könne lediglich als Modellregion fungieren. Am Beispiel der Bundesstadt Bonn sei erkennbar, dass eine singuläre Einführung des 365-Euro-Tickets aufgrund der schlechten Infrastruktur des ÖPNV für die Bürgerinnen und Bürger nicht attraktiv sei.

Man benötige im ÖPNV langfristige Lösungen, um ihn zu finanzieren und attraktiv zu gestalten.

Einem Verweis des Antrags in die Fachausschüsse werde seine Fraktion zustimmen.

Abg. Dr. Bieber ergänzte, man benötige in dieser Angelegenheit keinen Aktionismus, sondern Nachhaltigkeit für die Kommunen, da sie neben den Kundinnen und Kunden des ÖPNV diejenigen seien, die letztendlich bezahlen müssten. Bereits heute könnten sich die Kommunen die Kosten für den ÖPNV kaum noch leisten.

Darüber hinaus sei ÖPNV hinsichtlich seiner Transportkapazität teilweise über seine Grenze ausgelastet. In diesem Zusammenhang sei es den Menschen schlecht zu vermitteln, dass sie anstatt des PKWs den ÖPNV benutzen sollen.

Der Anreiz für eine vermehrte Nutzung des ÖPNV muss an einen Ausbau der Schieneninfrastruktur gekoppelt sein.

Auch eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 19% auf 7 % bei den Preisen im Fernverkehr der Deutschen Bahn verliere ihren Anreiz bei den Kundinnen und Kunden, wenn die Züge überfüllt sind und Zughalte wie beispielsweise in Siegburg entfielen. Das sei kontraproduktiv.

Man benötige hingegen nachhaltige Lösungen, die dauerhaft Wirkung entfalten würden und nicht letztendlich durch die Kommunen finanziert werden müssten.

Der Landrat wiederholte den Beschlussvorschlag und ließ hierüber abstimmen.